

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 132 Berlin und Bonn

28. November 2024



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Viel zu tun im Zivilschutz

(BS) Nachdem die Bedeutung des Katastrophenschutzes mehr und mehr erkannt wurde, erwacht jetzt der Zivilschutz zum neuen Leben. Da wird gerne gefragt, ob wir genug Bunker haben. Ich fange dann gerne von einer anderen Seite an und sage: In Deutschland hatte man noch nie genug Bunkerplätze, wenn man einen Bunkerplatz als einen Ort bezeichnet, an dem man einen Atomschlag unbeschadet überstehen kann.

Wichtiger als die Bunkerfrage ist jedoch: Welche Szenarien werden aktuell betrachtet? Daraus ergeben sich weitere zentrale Fragen: Was unternimmt der Staat? Welche Rolle spielt die Wirtschaft? Was muss jeder Einzelne machen?

Dort muss man meiner Meinung nach ansetzen. Die Aufklärung und Information der Bevölkerung muss mit Druckbetankungserfolgen. Es reicht nicht aus, dass die Menschen erst dann ein Info-Blatt erhalten, wenn sie dieses anfordern. Solche Materialien müssen flächendeckend an alle Haushalte verteilt werden. Klar, das kostet Geld. Aber ohne die Mitarbeit der Bevölkerung ist der Zivilschutz auf verlorenem Posten. Staat und Gesellschaft dürfen keine Angst haben, über Zivilschutz zu reden. Das ist keine Kriegstreiberei oder Kriegsvorbereitung, sondern eine Erhöhung der zivilen Resilienz.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

Zivile Resilienz im Fokus

(BS) Unter dem Schatten eines möglichen Konfliktes wurde am zweiten Tag der Berlin Security Conference (BSC) über die Kriegstüchtigkeit der Zivilbevölkerung diskutiert. Schnell wurde deutlich: Die deutsche Bevölkerung muss sich wappnen.

„Resilienz erfordert nicht nur einen militärischen, sondern auch einen umfassenden staatlichen und gesellschaftlichen Ansatz“, betonte Generalleutnant a. D. Peter Bohrer. Gerade in Deutschland müsse dies weiter in den Vordergrund rücken. Mit dem sogenannten „Operationsplan Deutschland“ sei das Land bereits einen Schritt in die richtige Richtung gegangen. Jedoch sei die Frage nach dem Ausmaß an benötigten Kräften, um Deutschland zu schützen, immer noch zu beantworten. Außerdem fehle es im Operationsplan an Handlungshinweisen für die Zivilbevölkerung. Auch diese sei in Kriegszeiten gefragt und müsse zur Stabilität des Landes beitragen.

Im September dieses Jahres hatte die deutsche Bundeswehr in einer gemeinsamen Planungsgruppe aus Bund, Ländern und Kommunen, den sogenannten Blaulichtorganisationen und der Wirtschaft einen gesamtstaatlichen Verteidigungsplan fertiggestellt. In dem geheimen Strategiepapier wurden die zentralen militärischen Anteile der Landes- und Bündnisverteidigung in Deutschland mit den dafür erforderlichen zivilen Unterstützungsleistungen in einem operativ ausführbaren Plan zusammengeführt.

Klare Vorgaben und ziviles Verständnis

Dass es dennoch weiterhin Handlungsbedarf in diesem Bereich gibt, unterstrichen die Aussagen des Bundesbeauftragten für Krisenresilienz, Sicherheit und Zivil-Militärischer Zusammenarbeit bei den Maltesern



Es fehlt für die zivile Seite im Konfliktfall an Handlungsvorgaben, sagt Generalleutnant a. D. Martin Schelleis, Bundesbeauftragter für Krisenresilienz, Sicherheit und Zivil-Militärische Zusammenarbeit bei den Maltesern.

Foto: BS/Bildschön

Deutschland, Generalleutnant a.D. Martin Schelleis.

Gerade den Hilfsorganisationen in Deutschland fehle es aktuell an klaren Handlungsvorgaben. Das Deutsche Rote Kreuz Gesetz (DRKG) erlaube es zwar den Hilfsorganisationen der Bundeswehr zu helfen, spezifiziere diese Hilfe jedoch nicht. Es brauche hier klare Angaben darüber, in welchem Ausmaß die Hilfsorganisationen die zivile Bevölkerung unterstützen müssten. Nur so könnten Pläne darüber gemacht werden, wie sehr diese auch die Streitkräfte unterstützen könnten. Andere Länder Europas sind dort bereits weiter.

Auch in Finnland gibt es ein ausgeprägtes Bewusstsein dafür, dass alle gemeinsam für die Sicherheit des Landes verantwortlich sind. „Niemand kann allein überleben, keine Behörde kann allein überleben“, erklärte Brigadegeneral Jami Virta, Kommandeur der finnischen Pori-Brigade.

Vorbereitung auf möglichen Krieg

(BS) Die schwedische Zivilschutzbehörde (MSB) macht es vor. Um die Bevölkerung auf mögliche Krisenszenarien wie Krieg, Cyberangriffe, Terroranschläge oder Naturkatastrophen vorzubereiten und zu sensibilisieren, hat die Behörde damit begonnen, über fünf Millionen Informationsbroschüren an alle schwedischen Haushalte zu versenden.

Angesichts der Verschlechterung der weltweiten Lage in den vergangenen Jahren hat die MSB eine neue Version der Broschüre „In Case of Crisis or War“ erstellt. „In unserer Nähe wird Krieg geführt. Extreme Wetterereignisse treten immer häufiger auf. Terrordrohungen, Cyberangriffe und Desinformationskampagnen werden genutzt, um uns zu untergraben und zu beeinflussen“, erklärt die Behörde auf ihrer Webseite. Die Broschüre soll den Bürgerinnen und Bürgern dabei helfen, widerstandsfähiger gegenüber diesen Gefahren zu werden.

Auf der Berlin Security Conference stellte Carl-Oskar Bohlin, schwedischer Minister für Zivilverteidigung und damit zuständig für die zivile Notfallplanung sowie den Zivilschutz, die Broschüre vor. „In Schweden haben wir die Tradition, auch unangenehme Gespräche mit der Bevölkerung zu führen“, erklärte der Zivilschutzminister.

You are part of Sweden's overall emergency preparedness

Auf 32 Seiten informiert die Broschüre unter anderem darüber, wie man Blutungen stoppen kann, Warnsignale richtig inter-



Der schwedische Zivilschutzminister Carl-Oskar Bohlin erklärte in Berlin, dass der Staat es gewohnt ist, mit seinen Bürgerinnen und Bürgern über ernste Themen zu sprechen.

Foto: BS/Schubert

pretiert, sich bei Terrorangriffen verhalten sollte oder psychisch gegen Desinformationskampagnen wappnen kann. Außerdem weist die MSB darauf hin, dass im Kriegsfall alle Personen zwischen 16 und 70 Jahren Teil der schwedischen Gesamtverteidigung sind und verpflichtet werden können, die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu übernehmen.

Die Broschüre ist nicht nur auf Schwedisch und Englisch verfügbar, sondern auch in Arabisch, Farsi, Ukrainisch, Polnisch, Somali und Finnisch.

Die englische Version der Broschüre finden Sie [hier](#).

NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

25. November:

- Bundeslagebild: Vermehrte Straftaten gegen Frauen
- Fluch und Segen der KI – BKA-Herbsttagung in Wiesbaden

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#)

26. November:

- Regieren ohne (Finanz)Plan
- Austins letzter Besuch im Indo-Pazifik

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

27. November:

- Fakeshop-Finder online!
- Südwestfalen-IT zieht Konsequenzen
- Fakeshop-Finder online

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Hoch hinaus

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“](#)

26. November:

- Lahme Enten
- Helfen über Grenzen

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 SUBSCRIBE

BABZ für ZMZ ausgezeichnet

(BS) Die Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ), die Akademie des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), wurde für seine Rolle in der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) ausgezeichnet.

Das Exzellenzzentrum für Zivil-Militärische Zusammenarbeit – Civil-Military Cooperation Centre of Excellence (CCOE) – in Den Haag würdigte mit dem CIMIC Award of Excellence“ die BABZ für das „unerschütterliche Engagement für exzellente Ausbildung“. Im CCOE haben sich Deutschland, Ungarn, Italien, Lettland, die Niederlande, Polen und Slowenien zusammengeschlossen, um die NATO-Partner bei einer effektiven und interoperablen Zivil-Militärischen Zusammenarbeit zu unterstützen. Dies will man durch eine bedarfsgerechte Ausbildung, kohärente Konzepte und zukunftsorientierte Experimente erreichen. Das CCOE

gibt es seit 2007 als NATO-anerkanntes Kompetenzzentrum. Der CIMIC Award wird seit 2017 jährlich an eine Institution und eine Person übergeben. Gewürdigt werden Beiträge und Engagement auf dem Gebiet der zivil-militärischen Kooperation.

„Wir verleihen den CIMIC Award of Excellence dieses Jahr an die Bundesakademie, weil sie als Ausbildungseinrichtung, Synchronisationsplattform und Wissenshub eine herausragende Rolle im Kontext der zivil-militärischen Zusammenarbeit in Deutschland spielt“, erklärte CCOE-Direktor Oberst Andreas Eckel.

BBK-Vizepräsident Dr. René Funk zeigte sich erfreut und sagte: „Der CIMIC Award of Excellence ist eine außerordentliche Wertschätzung des Engagements unserer Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung. Wir freuen uns sehr über die Anerkennung und Bestätigung, dass wir hier im BBK einen heraus-



Frank Meurer (links), Leiter der BABZ, nimmt den CIMIC Award of Excellence von Oberst Andreas Eckel, Direktor des CCOE, entgegen.

Foto: BS/PAO CCOE, StFw A.Doehring

ragenden Beitrag leisten. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die das möglich gemacht haben. Zugleich dient uns der Preis als Motivation und Ansporn, weiter mit vollem Engagement an der Stärkung der Krisenreaktionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft zu arbeiten.“



NOYSEE – Intelligente Hochwasserwarnung

- Intelligente Pegelmessung an fließenden und stehenden Gewässern sowie Hochwasserrückhaltebecken
- Einfache und schnelle Inbetriebnahme durch energieautarke Sensoren
- NOYSEE-Dashboard zur Analyse und Visualisierung
- NOYSEE-App für Bevölkerung und Einsatzkräfte
- Unwetterwarnung durch Prognoserechnung

Beratung in allen Fragen rund um das NOYSEE-Hochwasserwarnsystem unter:



Telefon 0711 289-88880
noysee@netze-bw.de
www.netze-bw.de/noysee

Netze BW GmbH, Sparte Dienstleistungen
Schelmenwasenstraße 15, 70567 Stuttgart



Ein Unternehmen der EnBW

Arbeitgeber gewürdigt Notfallregister Bayern gestartet

(BS) Der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) zeichnete 32 Arbeitgeber als „Ehrenamtsfreundliche Arbeitgeber im Bevölkerungsschutz“ aus. Sie unterstützten ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Ausübung des Ehrenamts im Bevölkerungsschutz über die Maßen.

„Dieses große Engagement ist auch ein starkes Zeichen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. So wollen wir mit der Auszeichnung für ehrenamtsfreundliche Arbeitgeber im Bevölkerungsschutz nach außen hin sichtbar machen, dass wir die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit einem Herz fürs Ehrenamt brauchen und wertschätzen. Wir sind auf ihr Entgegenkommen gerade im Bevölkerungsschutz angewiesen – denn es brennt nicht nur nach Feierabend. Um es auf den Punkt zu bringen: Ohne Ehrenamt ist kein Staat zu machen, schon gar nicht im Bevölkerungsschutz“, so Strobl.

Die Auszeichnung wird vom Land Baden-Württemberg jährlich an Unternehmen verliehen. Bei der Verleihung würdigte Strobl ebenso die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer für ihren Einsatz in der Gesellschaft.

Eine Liste der gewürdigten Arbeitgeber finden Sie [hier](#).



32 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wurden als „Ehrenamtsfreundliche Arbeitgeber im Bevölkerungsschutz“ von der Landesregierung Baden-Württemberg ausgezeichnet.

Foto: BS/Innenministerium Baden-Württemberg, Steffen Schmid

(BS) In Bayern ist nach mehrjähriger Vorbereitung das bayerische Notfallregister in den Pilotbetrieb gegangen. Mit diesem kann die gesamte Rettungskette hinweg – von den Integrierten Leitstellen, dem Rettungsdienst bis zu den Kliniken – in einem automatisierten Verfahren zu jedem Notfall umfassende Patientendaten erfasst, zusammengeführt und später anonymisiert ausgewertet werden.

„Das ist ein Quantensprung für die künftige Versorgungsqualität im Rettungsdienst“, zeigt sich der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) überzeugt. „Das Notfallregister führt erstmals alle verfügbaren Daten im Gesamtprozess der Notfallversorgung zusammen. Mit diesem bundesweit einmaligen Vorhaben gewinnen wir daher einmalige Erkenntnisse über die Qualität und Ergebnisse der Patientenversorgung.“ Diese einzigartige Datengrundlage ermöglichte nicht nur eine laufende Qualitätskontrolle, sondern auch eine wirtschaftlich effizientere Planung der notfallmedizinischen Versorgung, sowie eine erstmalige Versorgungsforschung im Bereich der präklinischen Medizin. Das Register startet



Ein Notfallregister soll bei der Qualitätssicherung helfen.

Foto: BS/Ingo Kramarek, [pixabay.com](#)

in Schritten und mit Pilotkliniken. Mit den erhobenen Daten soll geprüft werden, ob die eingegangenen Notfall-Datensätze plausibel sind. Dann werden sie zu den Registerfällen zusammengeführt. Das zugrundeliegende IT-System für das Notfallregister wurde mit dem IT-Dienstleister adesso entwickelt. Das IT-Dienstleistungszentrum des Freistaats Bayern betreibt die erforderliche technische Infrastruktur. Ein eigens eingerichteter wissenschaftlicher Dienst begleitet unter der Leitung des Instituts für Notfallmedizin und Medizinmanagement (INM) den Aufbau des Datenbestandes und unterstützt die wissenschaftlich fundierte Auswertung, Analyse und Nutzung der Daten.

Miele

„Mit SmartBiz bin ich ultraeffizient.“

Mit TwinDos wird das Waschmittel automatisch dosiert.

Egal ob Bäckerei, Friseursalon oder Handwerksbetrieb: Die vernetzbaren gewerblichen Waschmaschinen und Trockner der SmartBiz Serie sind die richtige Entscheidung für Ihr Kleingewerbe. Sie meistern die Belastung von mehrmaligen täglichen Anwendungen mühelos und sind ausgelegt auf 15.000 Betriebsstunden. Erfahren Sie mehr über die Vorteile von SmartBiz auf: miele.de/smartbiz



Miele Professional. Immer Besser.

Resiliente Stäbe

(BS) In der Nachbereitung vergangener Katastrophenlagen wurde häufig die unzureichende Leistungsfähigkeit der Verwaltungsstäbe in Krisensituationen kritisiert. Ein neues Forschungsprojekt mit dem Namen „ReVerSy – Stärkung der Resilienz von Verwaltungsstäben durch ganzheitliche Systemmodule“ will sich diesem Problem widmen.

Der Forschungsverbund besteht aus der Akkon Hochschule für Humanwissenschaften Berlin, der Bergischen Universität Wuppertal, der Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin, dem Forschungs- und Trainingsunternehmen Team HF Ludwigsburg sowie dem Technischen Hilfswerk (THW), das die Koordination des ReVerSy-Konsortiums übernimmt.

Ziel des Projekts ist es, Instrumente und Methoden zu entwickeln, die ressourcenschonend die Widerstandsfähigkeit von Verwaltungsstäben steigern. In einem interdisziplinären Verbund arbeiten Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft gemeinsam daran, einen modularen Baukasten zu schaffen. Dieser soll Verwaltungen auf verschiedenen staatlichen Ebenen dabei unterstützen, ihre Stäbe optimal aufzustellen und auf Krisensituationen vorzubereiten.

Die Projektergebnisse werden in Zusammenarbeit mit den Partnerverwaltungen und der wissenschaftlichen Community entwickelt, getestet und evaluiert. Besonderer Wert wird auf den Transfer der erarbeiteten Lösungen in die Praxis gelegt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert das Projekt im Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“ bis September 2027 mit rund zwei Millionen Euro.



Im Krisenfall sind Verwaltungsstäbe unerlässlich.

Foto: BS/Oliver Menyhart, pixabay.com

Schlechte Aussichten für das KRITIS-DachG

(BS) Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird dem Entwurf des KRITIS-Dachgesetzes (KRITIS-DachG) im Parlament wahrscheinlich nicht zustimmen. Der parlamentarische Geschäftsführer der Union, Thorsten Frei, sagte gegenüber der WELT AM SONNTAG: „Der Kabinettsentwurf enthält aus meiner Sicht noch deutlich zu viele Fehler und Ungereimtheiten. Die Ampel hat sich bei dem Thema viel zu viel Zeit gelassen und die nötige Sorgfalt vermissen lassen.“ Derweil

warb der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag für die Verabschiedung des Gesetzes vor dem Hintergrund des Absturzes einer DHL-Maschine bei Vilnius. „Ich halte das wirklich für fahrlässig, jetzt ein so wichtiges Gesetz zum Schutz unserer Bevölkerung zum Schutz der Bundesrepublik Deutschland einfach um ein gutes Jahr zu vertagen“, so Konstantin von Notz. Man könnte dies angesichts der derzeitigen Lage nicht verantworten.

LAUTSTARKE
UNTERSTÜTZUNG
AUF ERSTAUNLICHE
DISTANZ



MARTIN-HORN®
... das Original!

Deutsche Signal-Instrumenten-Fabrik, Max B. Martin GmbH & Co.KG,
Albert-Schweitzer-Straße 2, D-76661 Philippsburg
Tel.: +49 (0) 72 56 / 920-0, Fax: +49 (0) 72 56 / 83 16,
Mail: info@maxbmartin.de, www.maxbmartin.de

2023 unter den fünf schlimmsten Waldbrandjahren

(BS) Im vergangenen Jahr wurden Europa, der Nahe Osten und Afrika von einigen der schlimmsten Waldbrände seit dem Jahr 2000 heimgesucht. Laut dem von der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission veröffentlichten Bericht „Waldbrände 2023“ waren über 500 000 Hektar von Waldbränden betroffen.

In den letzten Jahren kam es in der Europäischen Union und ihren Nachbarländern immer wieder zu katastrophalen Waldbränden. Das Jahr 2023 bildete keine Ausnahme. Sogenannte „Megabrände“ stellten die „traditionellen“ Brandbekämpfungsmethoden in Frage, so der Bericht. Als Beispiel führen die Autorinnen und Autoren ein Feuer in der Nähe der Stadt Alexandroupolis in der griechischen Region Ostmakedonien und Thrakien. Dabei handelte es sich um den größten einzelnen Waldbrand in der EU, seit das Europäische Waldbrand-Informationssystem (EFFIS) im Jahr 2000 mit der Erfassung dieser Brände begonnen hat.

Nicht nur größer, sondern auch intensiver

Die beispiellosen Waldbrände, die Europa in den letzten vier Jahren heimgesucht haben, zeigten die unbestreitbaren Auswirkungen des Klimawandels auf die zunehmende Häufigkeit und Intensität von Waldbränden. Dies sei durch die erste europäische Klimarisikobewertung (EUCRA) und die in diesem Jahr veröffentlichte Mitteilung der Kommission über das Management von Klimarisiken in Europa unterstrichen worden.

Der Klimawandel führt nicht nur zu einer Vergrößerung der von Waldbränden betroffenen Gebiete, sondern auch dazu, dass einzelne Brände intensiver werden, die Brandsaison über den traditionellen Sommer hinaus verlängert wird und Brände in Gebieten entstehen, die normalerweise nicht von ihnen betroffen sind. Die hohe Häufigkeit und Intensität von Waldbränden während längerer Brandsaisons stellt eine neue Herausforderung für die Feuerwehren in ganz Europa und weltweit dar, da die Brandbekämpfung aus der Luft mühsamer und Bodeneinsätze schwieriger oder



Die ersten Flugzeuge der geplanten ständigen rescEU-Flotte sollen 2027 ausgeliefert werden.

Foto: BS/European Union, Pavel Koubek

sogar unmöglich werden. Die vorläufige Bewertung der Waldbrandsaison 2024 in der EU bis Mitte September zeigt, dass die durch Brände verbrannte Fläche in der EU unter dem Durchschnitt der letzten zwei Jahrzehnte liegt. Dies ist vor allem auf die unregelmäßigen Niederschläge zurückzuführen, die in weiten Teilen des EU-Gebiets im Frühjahr und Sommer fielen.

Im September brachen in Portugal mehrere Waldbrände gleichzeitig aus. Dadurch lagen die Schäden durch Waldbrände im Jahr 2024 über dem EU-Durchschnitt der letzten Jahrzehnte. Insgesamt kann das Jahr 2024 jedoch als eine weniger schwere Waldbrandsaison angesehen werden, da die Schäden nach drei aufeinanderfolgenden Jahren mit verheerenden Bränden zurückgegangen sind.

Licht und Schatten im Jahr 2024

Die Kommission und die EU-Mitgliedstaaten seien dabei, ihre Präventions-, Bereitschafts- und Brandbekämpfungskapazitäten zu verbessern, was dazu beigetragen hätte, die Schäden in diesem Jahr EU-weit zu begrenzen. Um Waldbrände in Europa und weltweit zu bekämpfen, ist es notwendig, die Landschaften in gefährdeten Regionen so zu bewirtschaften, dass die Anhäufung von gefährlichen Brennstoffen verhindert wird. Naturbasierte Präventivmaßnahmen wie die Förderung einer weniger feueranfälligen Baumartenzusammensetzung, die Ermöglichung der Beweidung durch Pflanzenfresser oder vorgeschriebene Verbrennungen seien zusammen mit integrierten

Landschaftsplanungskonzepten wirksam zur Verringerung des Waldbrandrisikos, zeigt sich die Kommission überzeugt.

Ursache ist fast immer der Mensch

Dem Bericht zufolge werden etwa 96 Prozent der Waldbrände in der EU durch menschliches Handeln verursacht, was bedeutet, dass Bildungs- und Sensibilisierungskampagnen ein wesentlicher Teil der Lösung sind. Da sich die Klimakrise verschärft, ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich die europäische Bevölkerung auf häufigere und intensivere Waldbrände vorbereitet. Die Präventionsmaßnahmen müssten alle Bevölkerungsgruppen einbeziehen.

Der für Krisenmanagement zuständige Kommissar Janez Lenarčič sagte: „Wenn in Europa und auf der ganzen Welt ein größerer Flächenbrand ausbricht, ist die EU bereit zu helfen, unter anderem mit der Entsendung von Brandbekämpfungskräften aus der Luft und am Boden im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens. Das neue Abkommen mit Kanada über die Produktion von zwölf neuen amphibischen Löschflugzeugen, die das Rückgrat der ständigen rescEU-Flotte bilden werden, ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Verbesserung der Kapazitäten und der Bereitschaft der EU zur Bekämpfung von Waldbränden, zusätzlich zu den nationalen Reaktionskapazitäten der EU-Mitgliedstaaten.“ Die Reaktion sei jedoch nur eine Seite der Medaille: Sie gehe Hand in Hand mit der Vorbereitung und Anpassung, so Lenarčič weiter.

Ahrkatastrophe – nicht publizierte Gutachten veröffentlicht

(BS) Bei der Flutkatastrophe im Landkreis Ahrweiler am 14. und 15. Juli 2021 kamen 135 Menschen ums Leben. Das Hochwasser verwüstete einen ganzen Landstrich, zerstörte Infrastrukturen und schnitt ganze Ortschaften von der Außenwelt ab. Der Einsatz der Katastrophenschutzbehörden zur Rettung und Evakuierung von gefährdeten Menschen und anschließend zur Bewältigung der Folgen der Katastrophe war Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Koblenz und Anlass für einen Untersuchungsausschuss des Landtages Rheinland-Pfalz.

Nun werden zwei bisher nicht publizierte Gutachten zum Katastrophenschutz zugänglich. Prof. Dr. Dominic Gißler, Sebastian Herbe und Dr.-Ing. Ramian Fathi haben in unterschiedlichen Konstellationen bei der Nachbereitung des Einsatzes speziell zur Führung mitgewirkt. Dabei waren sie unter anderen für die Staatsanwaltschaft Koblenz und den Untersuchungsausschuss des Landtages Rheinland-Pfalz gutachterlich tätig. „Die erstellten Gutachten sind in der Fachwelt, bei Angehörigen, Betroffenen und Beteiligten auf hohes Interesse gestoßen. Allerdings gehört es nicht per se zur Aufgabe von Staatsanwaltschaften oder von Untersuchungsausschüssen, solche Gutachten zu publizieren. Wir haben in Form eines Fachbuches daher einen Weg gefunden, um dem Interesse der Fachwelt und der Öffentlichkeit entsprechen und die Einsatzanalysen unter Maßgaben des



Das Buch ist im Stumpf + Kossendey Verlag erschienen.

Foto: BS/Bundeswehr, Kevin Schrief

Quellen- und Persönlichkeitsschutzes zugänglich machen zu können. Der Fokus des Buches liegt auf dem Lernen für die Zukunft,“ so Gißler. „Da die Gutachten alleine teilweise kontextlos sind, haben wir weitere Betrachtungen hinzugefügt, um ein möglichst umfassendes Bild von der Führung des Einsatzes in der Entstehungsphase und in der darauf folgenden Phase der Gefahrenabwehr zu zeichnen.“

Im Buch werden die zuständigen Führungsorgane der Kreisverwaltung Ahrweiler und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz, also Technische

Einsatzleitungen, der Verwaltungsstab und gesamtverantwortliche Stellen, sowie wesentliche Handlungsstränge rekonstruiert. Dabei werden die Ausgangsbedingungen für den Einsatz untersucht, die Rahmenbedingungen sowie eingetretene Konstellationen beleuchtet und die Führungsarbeit analysiert. Aus den erkannten Mängeln bei den erbrachten Führungsleistungen werden für zukünftige Einsätze ähnlicher Größenordnungen wichtige Aspekte aufgezeigt. Für das deutsche Bevölkerungsschutzwesen werden Entwicklungspotenziale abgeleitet.

DIGITALER  STAAT

LOW-CODE.

Thementag Low-Code-Plattformen
– Booster für Behörden-Software

Freitag, 6. Dezember 2024, 10:30 – 13:30 Uhr



Jetzt kostenfrei anmelden!

www.digitaler-staat.online



EUROPEAN POLICE CONGRESS

**NEUER
TERMIN****20.–21. MAI
2025** **CityCube Berlin**www.european-police.eu**Impressum**

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Christian Brecht, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Mirjam Klinger, Scarlett Lüsser, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Anne Mareile Walter. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.